

Antrag Nr. 23-F-63-0045

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

„Wiesbadens Beteiligungen transparent und effizient - der Beteiligungskodex als Steuerelement für Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsziele“
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 15.03.2023 -

Antragstext:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:
 - a. Dass die Landeshauptstadt Wiesbaden sich zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben neben der Kernverwaltung auch einer Vielzahl an städtischen Beteiligungen bedient. Mittlerweile umfassen diese eine aggregierte Bilanzsumme von mehr als 4,3 Mrd. Euro und mehr als 6.500 Beschäftigte. Aufgrund der erheblichen Relevanz der städtischen Beteiligungen gelten hier besondere Ansprüche an Transparenz und Kontrolle durch die demokratisch legitimierte Gremien.
 - b. Dass nach der Einsetzung des Beteiligungsausschusses und der Erarbeitung des Beteiligungskodexes die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten ausgeweitet wurden und dies auch zu einem besseren Verständnis der Stadtverordnetenversammlung von den Beteiligungen beiträgt.
 - c. Dass durch eine zahlenmäßige Reduktion der Beteiligungen Einsparpotenziale genutzt und die Beteiligungen effizienter gestaltet werden konnten.
 - d. Dass die Beteiligungen ebenso wie die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden ökologischen wie sozialen Zielen sowie finanzieller Nachhaltigkeit verpflichtet sein müssen und die Grundsätze guter Unternehmensführung einzuhalten sind.
 - e. Dass trotz der Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Stadtverordnetenversammlung weiterhin Mängel bestehen. So wurde erst durch die Kommunalaufsicht festgestellt, dass bei besonders wichtigen Entscheidungen in städtischen Gesellschaften wie der Vergabe der Hausmüllentsorgung der Beteiligungsausschuss hinzugezogen hätte werden müssen. Ebenso sind nicht alle Fraktionen in den Aufsichtsräten vertreten, so dass es Informationsdefizite innerhalb der Stadtverordnetenversammlung gibt.
 - f. Dass aus den vorgenannten Gründen eine Überarbeitung der Grundsätze guter Unternehmensführung der LHW, bestehend aus dem Beteiligungskodex und dem Beteiligungshandbuch, dringend geboten ist.
- II. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
Der Magistrat wird gebeten,

den bereits begonnenen Prozess der Überarbeitung der bestehenden Grundsätze guter Unternehmensführung fortzusetzen und insbesondere die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

Antrag Nr. 23-F-63-0045

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

- a. Die Stärkung der Arbeit der (Konzern-)Revision in den Beteiligungen
- b. Die Gesellschaftliche Unternehmensverantwortung (ESG), die explizit auch eine Verbesserung der Gleichstellungsbelange enthalten soll
- c. Die stärkere Gemeinwohlausrichtung der Beteiligungen
- d. Die Formulierung konkreter Zielvorgaben zur Erreichung einer größeren Nachhaltigkeit, insbesondere der Klimaschutzziele des Pariser Klimaabkommens
- e. Nachvollziehbarkeit von Vergütungsregelungen
- f. Anwendung des Deutschen Public Corporate Governance-Musterkodex in allen wesentlichen auf Wiesbaden übertragbaren Bereichen, insbesondere die öffentliche Bereitstellung wesentlicher Unternehmensdaten

Wiesbaden, 15.03.2023

Gesine Bonnet, Felix Kisseler
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Felix Kisseler
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsvorsitzender, SPD

Dr. Hendrik Schmehl
Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE.

Jasper Klos
Fraktionsreferent, Fraktion DIE LINKE.

Janine Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt